

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

| |
|---|
| Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |
| Betreff Sicherung der Bildungsarbeit der Volkshochschule Stuttgart – Ausgleich tarifbedingter Mehrkosten |

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Finanzielle Auswirkungen

| | EHH | FHH |
|------------|---------------------|------------|
| | - in Tausend Euro - | |
| Jahr 1 | 146 | 0 |
| Jahr 2 | 299 | 0 |
| Jahr 3 | 299 | 0 |
| Jahr 4 | 299 | 0 |
| Jahr 5 | 299 | 0 |
| Jahr 6 ff. | | 0 |

| | |
|--|-----------------|
| In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten | Nein |
| Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten) | |
| THH | 410 Kulturamt |
| (Mitteilungs-) Vorlage | 1019/2025 MV HH |
| Ranking-Nr. im BHH-Verfahren | |
| Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag | |

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

| Ifd. Nr.*) | Schaffung (Stellenzahl) | Änderung KW Vermerk (Stellenzahl) | Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer | Funktions- bezeichnung / Anlass | Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.) | KW- Vermerk bisher | KW- Vermerk neu |
|------------|----------------------------|---|---|---------------------------------------|--------------------------------------|---------------------------------|------------------------------|
| | | | | | | | |

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die Volkshochschule Stuttgart (VHS) ist eine zentrale Säule der kommunalen Bildungslandschaft und trägt wesentlich zur Bildung, Qualifizierung und gesellschaftlichen Teilhabe der Bevölkerung bei. Sie fördert lebenslanges Lernen und erreicht Menschen aller Altersgruppen und sozialer Hintergründe.

Als öffentlich geförderte Bildungseinrichtung ist die VHS verpflichtet, die tariflichen und gesetzlichen Vorgaben im Bereich der Personalvergütung einzuhalten. Die im Rahmen der laufenden Tarifverhandlungen absehbaren Personalkostensteigerungen führen zu einem erhöhten Finanzbedarf, der innerhalb des bestehenden Budgets nicht gedeckt werden kann.

Um den tarifkonformen Personaleinsatz sicherzustellen und gleichzeitig die Bildungsangebote in gewohntem Umfang und hoher Qualität fortführen zu können, ist ein städtischer Zuschuss erforderlich. Daher sollen – entsprechend der vom Kulturamt ermittelten Budgetbedarfe – 146.000 Euro in 2026 und 299.000 Euro ab 2027 zusätzlich in den Haushalt eingestellt werden.

Gez.

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Afina Albrecht